

BRÜSSEL – DAS SIND WIR!

WELTENBÜRGER-Gespräch mit Dr. Hendrik Schott, Präsident der Deutschen Sektion der Vereinigung Europäischer Journalisten, e.V. (VEJ), über die aktuelle Situation in Europa, berufliche Anforderungen und eine europäische Öffentlichkeit.

Frage: Die VEJ will „Europäisches Bewusstsein“ fördern. Hanns Joachim Friedrichs hat gesagt, Journalisten sollten sich mit nichts gemeinmachen, auch nicht mit einer guten Sache ... Sehen Sie da einen Widerspruch?

Schott: Ich bin überzeugter Europäer! Und ich versuche dennoch, so objektiv wie möglich zu berichten. Ich bin gegen jede Art von Kampagnen-Journalismus. Aber mit der EU ist es wie mit der Demokratie. Bisher hat niemand etwas Besseres erfunden. Die Demokratie ist die beste Gesellschaftsform, die wir haben. Genauso führt kein Weg an der europäischen Einigung vorbei. Das heißt nicht, dass es in der Demokratie oder in der EU nicht Missstände gibt, die man ansprechen muss. Das Friedrichs-Zitat bezieht sich darauf, dass bei schwierigen Nachrichten ein gewisser Abstand gewahrt werden sollte.

Lösungsvorschläge, etwa die Niederlande oder die skandinavischen Länder. Ebenso muss man mit Nichtregierungsorganisationen oder Lobby-Gruppen sprechen. Und drittens sollte man immer deutlich trennen zwischen Berichterstattung und Kommentar. Das kritisiere ich an einigen Kollegen.

Frage: Die Vorteile der EU sind nicht immer klar.

Schott: 60 % bis 80 % der deutschen Gesetze haben ihren Ursprung in Brüssel. Wenn wir einen Strom-Stecker in ganz Europa benutzen können, ist das ein konkreter Vorteil.

Gerade der Brexit verdeutlicht, wie viele Vorteile der gemeinsame Markt bringt. Und wie viel Ärger und Schwierigkeiten man sich einhandelt, wenn man etwas nationalstaatlich regeln will, was viel besser EU-weit geregelt werden kann.

Frage: Sie arbeiten als Journalist für südafrikanische Medien: Wundern sich die Staaten anderer Kontinente über die Probleme in der EU?

Schott: Sie wundern sich sicherlich über die Brexit-Entscheidung. Die afrikanischen Staaten sehen die EU – was den Einigungsprozess angeht – sehr positiv. Die Afrikanische Union ist nach

dem Modell der EU aufgebaut. Man möchte langfristig auch einen Afro einführen, die Reisefreiheit in ganz Afrika erreichen. Auf einem so zersplitterten Kontinent wie Afrika gilt die EU als sehr erstrebenswert.

Frage: Erwerben Korrespondenten einen gesamt-europäischen Blick?

Schott: Bemerkenswert ist, wie nationalstaatlich es bei der EU-Berichterstattung oft noch zugeht. Da ist der persönliche Austausch wichtig. Als die Flüchtlingskrise akut wurde, habe ich mit ungarischen Kollegen gesprochen. Man muss nicht mit allem übereinstimmen, aber man sollte sich die Meinungen ungefiltert anhören. So entwickelt sich langsam eine europäische Perspektive. Die sozialen Netzwerke sind da sehr nützlich.



Photo: Eduard N. Figgel

Frage: Die Lage der EU ist kompliziert: Da ist der Brexit. Der ungarische Ministerpräsident will EU-Gerichtsurteile nicht umsetzen. Juncker formuliert wiederum eine positive Vision. Wie können Korrespondenten darauf reagieren?

Schott: Drei Aspekte sind mir besonders wichtig. Erstens müssen Journalisten sich Wissen über die sehr komplexe Materie aneignen und dürfen nicht einfach nachplappern, was andere sagen. Egal, ob es um die Euro-Rettung, die Griechenland-Krise oder das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ geht. Zweitens ist es die klassische Aufgabe von Journalisten, viele Stimmen einzubeziehen. Man sollte nicht nur wahrnehmen, was die großen Länder, Großbritannien oder Deutschland, erreichen wollen. Kleinere EU-Staaten haben oft bessere

In einem Bericht haben wertende Äußerungen nichts verloren.

Frage: Die komplexe Materie bedeutet: Es ist eine sehr anspruchsvolle journalistische Aufgabe?

Schott: Man ist Dolmetscher. Das Erklären ist bei der EU besonders wichtig, weil es so kompliziert ist. Man kann vieles verständlicher machen, wenn man es in Relationen setzt. Etwa europäische Probleme mit dem Verhältnis zwischen den Bundesländern und Berlin vergleicht. Das Hin und Her, das Schwarze-Peter-Spiel ist ähnlich. Egal, ob das die Kommission, der Rat oder das Parlament ist. Aber das sind keine Behörden, die unabhängig von den Mitgliedsstaaten agieren. Berlin – das sind wir! Und Brüssel sind auch wir.

... weiter von Seite 1

Frage: *Social Media helfen Europa?*

Schott: Social Media eröffnen Chancen, die Generationen von Journalisten nicht hatten. Wenn man wissen will, wie die internationale Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Ereignis reagiert, sieht man das in wenigen Minuten. Man kann sich eine „europäische Brille“ aufsetzen. Wenn ich mich da einlese, überdenke ich meine Position und komme vielleicht zu einer neuen Einschätzung.

Frage: *Muss man sich als europäischer Journalist mit Geschichte auseinandersetzen, um zu verstehen, was in Ungarn oder der Tschechischen Republik gedacht wird?*

Schott: Definitiv. Wenn man weiß, wie sehr die Visegrád-Staaten unter der Bevormundung durch die Sowjetunion gelitten haben, versteht man deren Probleme, Souveränität abzugeben. Die Deutschen haben nach dem Zweiten Weltkrieg durch Europa an Souveränität gewonnen. Für alle anderen Länder bedeutet die EU, sie sollen Souveränität ab-

geben. Insbesondere auch Großbritannien, das in beiden Weltkriegen gesiegt hat.

Frage: *Der VEJ unterstützt den journalistischen Nachwuchs?*

Schott: Für den Berufseinstieg ist es wichtig, aktiv zu sein! Wir vermitteln Informationen über Stipendien wie bei den Internationalen Journalisten-Programmen (IJP), wo man in einem anderen Staat als Journalist arbeiten kann. Und wir schaffen Netzwerke. Zu unserem jährlichen Kongress kommen viele junge Kollegen. Auch der Europäische Mediengipfel in Lech am Arlberg unterstützt Nachwuchs-Journalisten. So können sie langfristig wertvolle Kontakte knüpfen.

Frage: *Entsteht durch die EU eine europäische Öffentlichkeit?*

Schott: Es wird oft behauptet, eine europäische Öffentlichkeit scheitere daran, dass wir 24 Amtssprachen haben. Daraus könnte

man folgern: Wenn wir alle Englisch sprächen, wäre es anders. Aber das ist falsch. Die österreichischen Zeitungen erscheinen auf Deutsch, aber kennen Sie deshalb die Position der Österreicher? Eine gemeinsame Sprache schafft noch keine gemeinsame Öffentlichkeit. Eine europäische Öffentlichkeit kann entstehen, wenn europäische Bürger mehrsprachig sind, aber da geht es nicht nur um Englisch! Wenn man an der dänischen Grenze wohnt, ist wichtiger, dass man Dänisch spricht. Neben der Mehrsprachigkeit ist aber die Offenheit für den kulturellen Hintergrund entscheidend. Ich bin mit einer Niederländerin verheiratet und wir sehen abends mit der Familie niederländische Nachrichten. So bekomme ich immer eine andere Sichtweise „vorgeschüsselt“ – Pardon, das ist der niederländische Ausdruck – geliefert. So kann eine europäische Öffentlichkeit langsam entstehen. In europäischen Familien wird das selbstverständlicher. Aber es ist ein langer Prozess.

Vielen Dank für das Gespräch!

PETER LIMBOURG – „STIMME DER FREIHEIT“

Die Deutsche Welle (DW) und der französische Auslandssender France Médias Monde (FMM) haben eine engere Zusammenarbeit beschlossen. Ziel der stärkeren Kooperation sei es, jungen Menschen in Europa und weltweit die europäischen Werte nahezubringen. „Angesichts der zahlreichen globalen Krisen wächst die Bedeutung international agierender Sender“, so Peter Limbourg, Intendant der DW. „Wo die Demokratie in Gefahr ist, wo Unfreiheit herrscht, müssen wir für die da sein, die an die Demokratie glauben“, sagte Limbourg in einem Interview mit der DW.

Limbourg studierte Rechtswissenschaft in Bonn und absolvierte danach 1988 bis 1989 in Bonn und London bei der Deutschen Fernseh Nachrichten Agentur (DFA) ein Volontariat. Es folgten Stationen als Korrespondent in der ehemaligen DDR in Leipzig sowie London und Brüssel. 1996 wurde er Studioleiter von ProSieben in Bonn. Nach Gründung des Nachrichtensenders N24 war er 1999 dessen Co-Chefredakteur. 2008 bis 2010 fungierte er als alleiniger Chefredakteur und Leiter der Nachrichtenredaktion. Anschließend war er 2010 bis 2013 Informationsdirektor von ProSieben-Sat.1 TV Deutschland. Seit 2013 ist Limbourg Intendant der Deutschen Welle.



Foto: Deutsche Welle

Zudem sitzt der gebürtige Bonner im Vorstand des Internationalen Demokratiepreises Bonn, der sich zum Ziel gemacht hat, die Verständigung der Völker und den Frieden zu fördern und mit dem Preis Personen zu würdigen, die sich um die Demokratisierung und Menschenrechte in ihrem Land in herausragender Weise verdient gemacht haben.

Ein persönliches Engagement, das zum Anspruch der DW passt, mit unabhängigem Journalismus als „Stimme der Freiheit“ aufzutreten. Der deutsche Auslandssender hat den Auftrag, Deutschland als europäisch gewachsene Kulturation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat zu vermitteln. Zum Informationsangebot (online in 30 Sprachen und den TV-Kanälen auf Deutsch, Englisch, Arabisch und Spanisch) kommen Initiativen wie mit FMM hinzu. So hat die DW gemeinsam mit der italienischen Nachrichtenagentur ANSA im März 2017 das Online-Portal „InfoMigrants“ für Flüchtlinge ins Leben gerufen. Die Plattform bietet Nachrichten, persönliche Erfahrungsberichte und Erklärstücke auf Arabisch, Englisch und Französisch.

BUNDESTAGSWAHL 2017: AUSLAND WILL STABILE UND HANDLUNGSFÄHIGE REGIERUNG

Nach der Bundestagswahl beherrscht die Frage nach der Bildung einer neuen Bundesregierung sowie deren möglichen neuen politischen Zielen und Absichten die Diskussionen hierzulande. Aber auch im Ausland wurde der Wahlausgang bzw. wird die Bildung einer neuen Bundesregierung mit großem Interesse verfolgt.

In den Reaktionen ausländischer Medien auf das Wahlergebnis sorgte vor allem Betroffenheit über das erfolgreiche Abschneiden der AfD und Überraschung über die Einbußen der Unionsparteien unter Kanzlerin Angela Merkel für Schlagzeilen. Die britische „Sunday Times“ prägte für sie daraufhin den Begriff einer „Gigantin auf tönernen Füßen“. Die „Matriarchin Europas“ habe von den Wählern einen Dämpfer erhalten, befand die größte Sonntagszeitung in Großbritannien. Diese Entwicklung kam – nicht nur – für die britischen Medien offenbar überwiegend unerwartet, da zuvor allenthalben von einem ungefährdeten, sozusagen feststehenden Wahlsieg Merkels zu lesen oder hören war. Umso erstaunter fielen deshalb die Reaktionen auf die vermeintliche Schwächung ihrer Position daheim aus.

Neben den Verlusten der Konservativen beschäftigten in ausländischen Medienberichten auch das gute Abschneiden der Rechtspopulisten von der AfD und das weitere Absacken der Sozialdemokraten die Kommentare zur deutschen Wahl. Während Frankreichs Front National-Chefin Marine Le Pen der AfD zu einem „historischen Sieg“ gratulierte, der ein „Erwachen des Volkes“ symbolisiere, wurde der Einzug der „Rechten“ in den Deutschen Bundestag auslandweit als eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Bundestagswahl wahrgenommen und überwiegend kritisch beurteilt. Die gewachsene politische Bedeutung der Rechtsnationalen wird

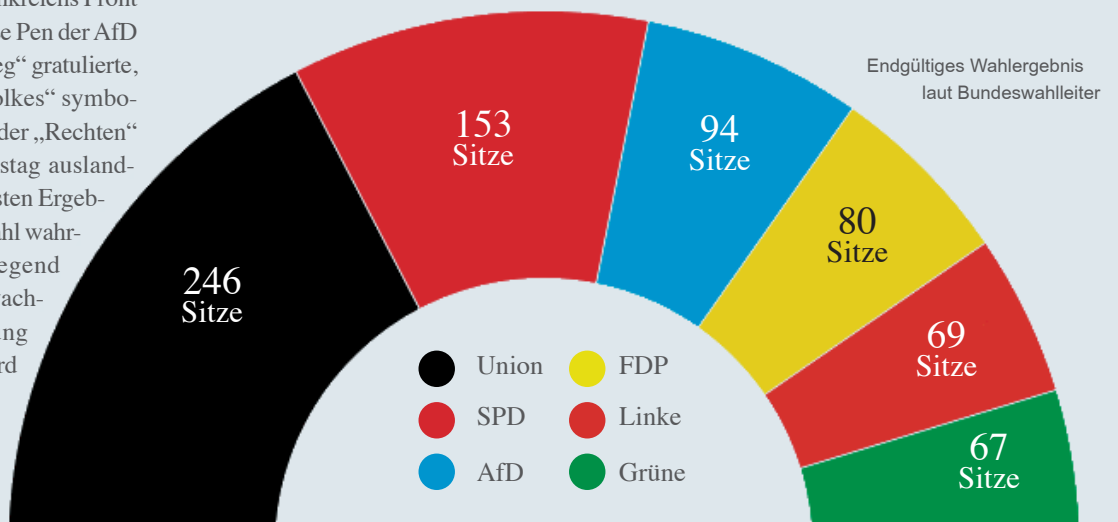
nicht zuletzt auf die Flüchtlingspolitik Merkels zurückgeführt, die die deutsche Bevölkerung in zwei Lager geteilt habe, so die Eindrücke im Ausland. In dem Zusammenhang war auch von einer tiefen Spaltung des Landes zu hören und zu lesen. Allerdings mahnten ebenfalls viele ausländische Stimmen, den Erfolg der AfD bei den Wählern nicht überzubewerten: Der Einzug der rechtsextremen Partei in den Bundestag korrespondiere mit den Entwicklungen in anderen – nicht nur – europäischen Ländern, hieß es. Daran würden auch die Probleme der etablierten (Volks-)Parteien deutlich.

Das weitere Abrutschen in der Wählergunst der SPD, die mit Spitzenkandidat Martin Schulz bei der Bundestagswahl 2017 mit 20,5 Prozent das schlechteste Ergebnis seit 1949 einfuhr, wurde auch im Ausland vielfach in den Kontext des Niedergangs sozialdemokratischer bzw. linksorientierter Parteien in ganz Europa gerückt. Kommentatoren sehen die sozialdemokratischen und linken Parteien von dem Vertrauensverlust vieler Bürger in die Demokratie allgemein sowie in die Europäische Union im Besonderen am stärksten betroffen.

Die Zukunft der EU steht denn auch beim Blick vieler ausländischer Beobachter auf die Koalitionsverhandlungen für eine neue Bundesregierung im Fokus. Sie fürchten angesichts einer sich abzeichnenden sogenannten Jamaika-Koalition um die Stabilität einer neuen Regierung in Berlin. Denn insbesondere zwischen den möglichen Koalitionspartnern CSU und Grüne werden tief greifende Differenzen erwar-

tet, die sich auch auf Europa auswirken könnten, so die Sorge. Insbesondere in der EU und den europäischen Nachbarländern wünschen sich viele politisch Verantwortliche vielmehr, dass sich die deutsche Kanzlerin zukünftig nicht in möglichen inner-koalitionären Reibereien verzetteln muss, sondern kräftig an der Neugestaltung der europäischen Gemeinschaft mitwirken kann. Entsprechende Vorschläge und Anregungen für ein „schützendes Europa“ kamen ja schon kurz nach der Wahl von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Gerade in Zeiten, in denen sich die Gemeinschaft vielfach heftiger Kritik ausgesetzt sieht und der Brexit möglichst vernünftig abgewickelt werden muss, soll Deutschland, das im zurückliegenden Krisenjahrzehnt die EU mit auf Kurs hielt, auch in der kommenden Legislaturperiode stabil und berechenbar bleiben, heißt es in den Nachbarstaaten. Deshalb hätte man dort dem Vernehmen nach auch vielfach eine Fortsetzung der Großen Koalition präferiert.

Die meist zu lesende Hoffnung – insbesondere im europäischen Ausland – lässt sich wohl so zusammenfassen: Kanzlerin Merkel bekommt trotz ihrer Wahlschlappe eine stabile, funktionsfähige Regierungskoalition auf die Beine, die sich tatkräftig für eine Erneuerung der EU einsetzt. Nicht gewünscht ist eine schwache deutsche Regierungschefin, die sich von EU-kritischen Kräften in der Opposition, aber auch in den eigenen Koalitionsreihen, beeinflussen lässt.



SCHLAFWANDLER ODER AKTEUR? – EUROPA UND DER NAHE OSTEN

Der 6. Nahost-Talk des Gustav-Stresemann-Instituts und der Deutschen Initiative für den Nahen Osten (DINO) widmete sich am 9. Oktober 2017 „Einfluss und Macht im Nahen Osten“. Im Mittelpunkt standen Fragen zu den Interessen Irans und Saudi-Arabiens im syrischen Krieg und der Rolle Russlands in der Region. Ein Thema, das auf großes Interesse bei dem zahlreich erschienenen Publikum stieß.

Dr. Ansgar Burghof, Direktor und Vorstand des GSI, betonte, dass der Krieg in Syrien längst ein internationaler Krieg sei, „nicht zuletzt ein Stellvertreterkrieg zwischen Washington und Moskau“. Die „um Vormacht in der Region kämpfenden Staaten Saudi-Arabien und Iran“ seien ebenfalls tief involviert. Deshalb liege der Schlüssel zum Frieden nicht alleine in Damaskus. „In dieser Situation sind die Europäer außenpolitisch so sehr gefordert wie selten zuvor“, erklärte Prof. Jürgen Bremer von der Deutschen Initiative für den Nahen Osten. Bremer verglich die aktuelle Situation mit der Lage vor dem 1. Weltkrieg und fragte eindrücklich, ob die Staatengesellschaft wieder wie „Schlafwandler“ agiere.

Die Einschätzung, dass Europa gefordert sei, wurde von den Podiumsgästen geteilt. In dem Maße, in dem sich die USA als „Weltpolizist“ aus der Region verabschiedeten, sei Russland das Feld überlassen worden. Der ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Jürgen Chrobog, betonte, dass Russland als „Gewinner“ der Lage in Syrien gelten könne.

Ein Resultat der wechselnden Kriegsbündnisse sei, dass der IS inzwischen als

„territoriales Phänomen“ am Ende sei, so Aktham Suliman, syrischer Journalist und Buchautor. Das Ende der territorialen IS-Herrschaft bedeute jedoch nicht, dass die Ideologie besiegt sei, ergänzte Daniel Gerlach, Herausgeber des Magazins „Zenith“. Und Bente Scheller, Leiterin des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Beirut, wies darauf hin, dass die Probleme, die die Formierung des IS befördert hätten, politisch immer noch nicht gelöst wären. Als Beispiel nannte sie die Benach-

teiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen und Provinzen im Irak.

Er sehe eine Generation von sehr klugen und engagierten Leuten, die „die Nase voll“ hätten von „den alten konfessionellen und ererbten Konflikten“, schilderte Daniel Gerlach. Diese Generation müsse man unterstützen, auch im Kampf gegen Korruption und Oligarchien. Mit diesem kleinen Hoffnungsschimmer endete eine engagierte Debatte, die der Journalist Thomas Nehls erneut souverän moderierte.

NACHRUF AUF DR. KLAUS DIETER LEISTER



GSI 45-Jahr-Feier 1996 - NRW-Ministerpräsident Johannes Rau (l.), GSI-Gründer Berthold Finkelstein und Dr. Klaus Dieter Leister (r.)

Das Gustav-Stresemann-Institut e.V., Bonn, trauert um seinen langjährigen Direktor Dr. Klaus Dieter Leister, der am 4. November 2017 verstarb.

Klaus Dieter Leister war dem GSI über viele Jahrzehnte verbunden. Von 1996 bis 2014 war er Direktor des GSI. In dieser Zeit hat er das GSI zu einer der führenden Einrichtungen der politischen Bildung und zu einem modernen Tagungs- und Konferenzzentrum entwickelt.

Mit seiner politischen Erfahrung, seiner Weitsicht und seinem persönlichen Auftreten hat Klaus Dieter Leister ein hohes Ansehen im GSI und darüber hinaus genossen.

Präsidium, Vorstand und Geschäftsleitung sowie der Betriebsrat und alle Beschäftigten werden Klaus Dieter Leister immer in dankbarer Erinnerung behalten.

IM GEDENKEN AN URSULA MEISTER

Das Gustav-Stresemann-Institut e.V., Bonn, gedenkt seiner langjährigen Geschäftsführerin Frau Ursula Meister, die am 15. Oktober 2017 nach langer, schwerer Krankheit verstorben ist.

In ihrer mehr als 30-jährigen Tätigkeit für das GSI hat sich Frau Meister mit vollem Engagement sowohl für das Gustav-Stresemann-Institut in Bonn als auch für das Gustav-Stresemann-Institut in Bad Bevensen eingesetzt. Während dieser Zeit hat sie sich



Ursula Meister

große Verdienste um das Wohl der Vereine erworben und die Entwicklung beider Vereine maßgeblich geprägt.

Ihr ausgeprägtes fachliches Wissen, ihr zuvorkommendes Wesen und ihre vorbildlichen menschlichen Eigenschaften waren Grundlage gegenseitigen Verstehens und Achthens.

Präsidium, Vorstand und Geschäftsleitung sowie der Betriebsrat und alle Beschäftigten werden Frau Meister immer in dankbarer Erinnerung behalten.

IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Gustav-Stresemann-Institut e.V.
V.i.S.d.P.: Dr. Ansgar Burghof
Tel: +49 (0) 228 / 8107- 0
E-Mail: weltenbuerger@gsi-bonn.de
www.gsi-bonn.de
Langer Grabenweg 68,
53175 Bonn - Bad Godesberg,
Germany